

GRAUZONE DER GEWALT?

Städtische Kriminalprävention auf Münchens „Feierbanane“
Julian Schmitzberger

Abends durch Straßenzüge zu flanieren oder auf Plätzen zu verweilen steht ebenso für das vitale Nachtleben einer Stadt wie eine Kneipe zu besuchen, auf ein Konzert zu gehen oder in einer Diskothek zu tanzen. In München und andernorts haben sich sogenannte Szeneviertel, ausgewiesene Partyareale oder Feiermeilen herausgebildet, die diese Aktivitäten räumlich bündeln. Für das Stadtbild bleibt das nicht ohne Konsequenzen. Die Verdichtung von Kultur, Konsum und Freizeit und das Zusammentreffen vieler Menschen in öffentlichen Räumen führt vermehrt zu nächtlichem Lärm, Müllansammlungen und mitunter zu kriminellem Verhalten.

Die Stadtpolitik und -verwaltung muss zwischen unterschiedlichen privaten Interessen und Ansprüchen vermitteln – etwa zwischen dem Bedürfnis zu Feiern und dem Bedürfnis nach Ruhe und Sauberkeit – und steht gleichzeitig auch in der Verantwortung, staatliche Schutzfunktionen zu erfüllen. Mit dem Wachstum der Nachtökonomie steigt auch das Interesse der öffentlichen Hand,

auf das Nachtleben einzuwirken: die Nacht wird geplant, gesteuert, überwacht und kontrolliert. Es gelten bestimmte Gesetze, Ordnungen und Regelungen. Gesundheits- und Arbeitsschutz müssen eingehalten werden, außerdem gelten bauliche Vorschriften und Sicherheitsbestimmungen zum Lärm- und Brandschutz. Der Verkauf von Alkohol setzt Lizenzen voraus, Sperrzeiten reglementieren dessen Ausschank. Behörden und Ämter greifen aber auch aktiv in das Nachtleben ein. Clubs, Diskotheken und Bars werden immer wieder zum Ziel für polizeiliche Razzien. Auch in Zivil sind Polizeibeamt*innen dort unterwegs, um Drogenbesitz zu ermitteln oder um als Jugendschutzbeauftragte die Einhaltung von Altersgrenzen der Partygäste zu überprüfen. Auf den Straßen widmen sich zudem Streetworker*innen Hilfesuchenden und bieten ihre Unterstützung an.

In besonderen Fällen werden allgemeingültige Restriktionen ausgesprochen, wie es auch die COVID-19-Pandemie zeigte. Im März 2020 mussten Clubs und Musikspielstätten

in München und ganz Deutschland auf unbestimmte Zeit schließen. Restaurants und Kneipen konnten erst schrittweise und unter Auflagen wieder öffnen. Infolgedessen wurde in den Sommermonaten der öffentliche Raum verstärkt genutzt, beispielsweise die Isarauen, die Gerner Brücke oder der Gärtnerplatz. Um die Abstands- und Hygieneregeln sicherzustellen, erließ die Stadt München an solchen „Hotspots“ ein Verkaufs- und Konsumverbot von Alkohol in den Abend- und Nachtstunden. Die Polizei erteilte Bußgelder bei Zuwiderhandlung und löste regelmäßig größere Zusammenkünfte auf. Im Spätsommer wurde eine Sperrstunde für Gaststätten eingeführt, in der keine alkoholischen Getränke mehr ausgeschenkt werden durften. Als im Herbst die Infektionszahlen deutschlandweit stark anstiegen, beschloss Bund und Länder abermals striktere Kontaktbeschränkungen und eine erneute Schließung aller Gastronomiebetriebe ab November.

Dieser Beitrag gibt Einblicke in eine frühere Episode der Münchner Stadtgeschichte, in der die traditionellen Mittel zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit – wie Gesetzgebung und Polizeigewalt – durch weitere Strategien und Prozesse zur Regulierung des nächtlichen Feierns ergänzt wurden. Den Anstoß für diese Entwicklung gab die Gründung des „Sicherheits- und Aktionsbündnisses Münchner Institutionen“ (S.A.M.I.), in dem die Polizei seit dem Jahr 2009 mit städtischen Referaten und nach Bedarf auch weiteren Instanzen zusammenarbeitet. Das Aktionsbündnis wurde ins Leben gerufen, um Konflikten im öffentlichen Raum effektiver begegnen zu können und einzelfallbezogen neue Lösungsansätze auszuloten. Aus dem runden Tisch ging im Jahr 2014 das „Allparteiliche Konfliktmanagement“ (AKIM) hervor, welches sich zunächst dem Gärtnerplatz widmete. Dieser wurde und wird auch nachts als Treffpunkt genutzt, wodurch es zu Beschwerden aus der Nachbarschaft über die anhaltende Geräuschkulisse, Müll und wildes Urinieren kam. Die Mediator*innen von AKIM vermitteln seither zwischen den Anwohner*innen und den Feiernenden, indem sie mit beiden Parteien in Kontakt treten und für gegenseitiges Verständnis werben.

Im ebenfalls aus den Sitzungen des S.A.M.I. hervorgegangenen Projekt „Cool bleiben – friedlich feiern in München“ werden neben dem Ausbau von strafrechtlicher Verfolgung auch private Unternehmen und gemeinnützige Organisationen in die Verbrechensbekämpfung eingebunden. Im Rahmen des Präventionsprojektes kooperieren Betreiber*innen von Clubs und Bars an der Sonnenstraße mit dem Polizeipräsidium und der Hilfsorganisation Condrops e.V., die Sozialarbeiter*innen aussendet, um – so das selbstgesteckte Ziel – ein „Feiern ohne Risiko und Gewalt“ zu fördern. Ausgehend von einer empirisch-kulturwissenschaftlichen Feldforschung aus dem Jahr 2015 wird im Folgenden die Entstehung von „Cool bleiben“ dargestellt und anschließend gezeigt, wie die Maßnahmen der Sozialarbeit umgesetzt werden und wie sich die Zusammenarbeit der Teilnehmenden gestaltet.¹

Die Präventionskampagne wurde ins Leben gerufen, um dem Anstieg der Kriminalitätsrate entgegenzuwirken, insbesondere den Zahlen der Straftaten, die schwere Körperverletzungen im Stadtzentrum betreffen. Um diese Entwicklung nachvollziehen zu können, müssen frühere Entwicklungen in Münchens Nachtökonomie berücksichtigt werden. Der Blick in die jüngere Stadtgeschichte gibt zudem Aufschluss darüber, wie der etwa ein Kilometer lange Abschnitt der Sonnenstraße zwischen Maximiliansplatz und Sendlinger Tor zur Feiermeile wurde und den Beinamen „Feierbanane“ erhielt.

Von der Sperrstunde zur Sperrzone

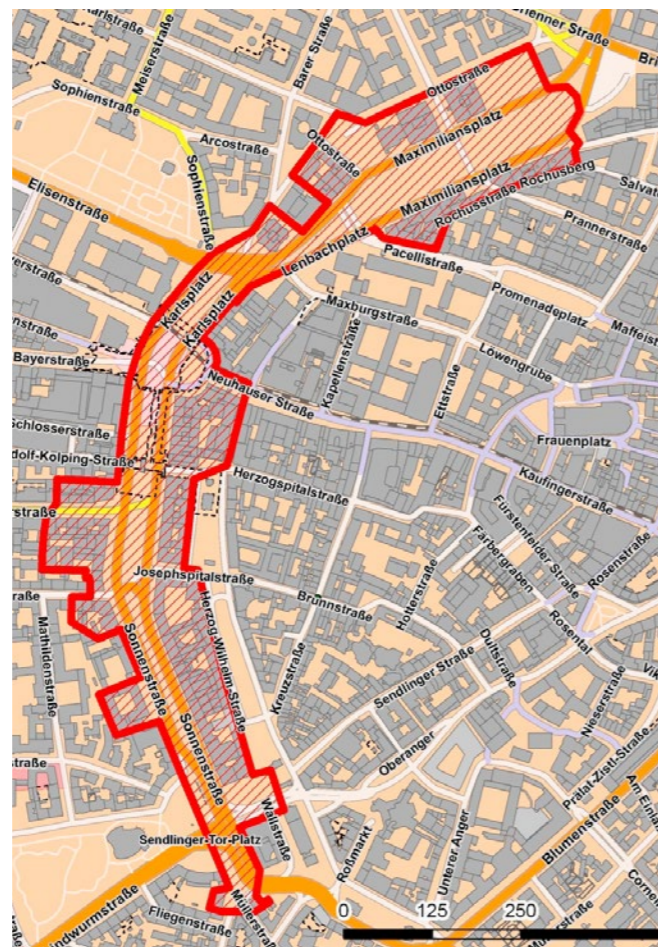
Bis in die 1990er-Jahre galten in der Landeshauptstadt noch strikte Sperrzeiten, die den Ausschank von Alkohol regelten. Ab 1994 wurden die Sperrzeiten schrittweise aufgehoben, zunächst in den Außenbezirken, in denen sich die großen Partyareale befanden, dann auch in weiteren Stadtteilen. Im Anschluss an eine einjährige Probephase wurde die Sperrstunde im Jahr 2004 schließlich im gesamten Stadtgebiet aufgehoben und auf eine „Putzstunde“ zwischen fünf und sechs Uhr morgens gekürzt.

Nach wie vor müssen Gastronomietriebe in dieser Zeit schließen, allerdings kann man sich gegen Gebühr von der Putzstunde befreien lassen. Die Liberalisierung und Deregulierung der Sperrzeiten hatte weitreichende Folgen für das Gastgewerbe und die clubkulturelle Infrastruktur. In der zweiten Hälfte der Nullerjahre siedelten sich zunehmend Clubs am Übergang von Altstadt und Ludwigsvorstadt an. Neben zahlreichen Neueröffnungen zog es auch bekannte Institutionen des Nachtlebens in die Stadtmitte: erst die *Milchbar*, dann das *Harry Klein* und auch das *X-Cess*. Die Sonnenstraße, tagsüber eine Einkaufsstraße, entwickelte sich allmählich zur Feiermeile. Immer mehr Menschen zog es nachts in die Innenstadt – mit ihnen stieg auch die Anzahl der polizeilich registrierten Gewaltdelikte an.

Im Jahr 2011 bemängelte der damalige Polizeipräsident Wilhelm Schmidbauer auf der jährlichen Pressekonferenz zur Veröffentlichung der Kriminalstatistik, dass in den vergangenen zehn Jahren Schlägereien und Körperverletzungen, die von Betrunknen ausgehen, um rund 50 Prozent zugenommen haben sollen. Als „örtliche Brennpunkte“ nannte er die *Kultfabrik*, das *Optimolgelände*, die Landsberger Straße, die Münchner Freiheit und auch den Maximiliansplatz – alles Orte, an denen sich Diskotheken und Bars befanden. Deshalb forderte er eine Wiedereinführung der Sperrzeiten und ein Verkaufsverbot von hochprozentigen Spirituosen in Diskotheken und Tankstellen ab Mitternacht. Laut Schmidbauer seien es gerade Wodka und Wodka-Mischgetränke, die „besonders aggressiv machen“.² Seine Vorschläge wurden zunächst vom Stadtrat und der Verwaltung abgelehnt. Bisher hatte man auf Gespräche mit den Clubbetreiber*innen gesetzt und als Druckmittel für manche Betriebe die Sperrzeitenaufhebung nur für einen Monat im Voraus erteilt.

Auf Antrag des CSU-Politikers Richard Quas tagte der Stadtrat Anfang 2012 zum Thema „Feiermeile Innenstadt“. Das Kreisverwaltungsreferat (KVR), Münchens kommunale Verwaltungsbehörde, und das Polizeipräsidium gaben Auskünfte über die Entwicklungen der Kriminalstatistik. Da der neue Jahresbericht

noch nicht erschienen war, griff die Polizei auf die Daten aus dem Vorjahr zurück und führte die Kritik ihres Präsidenten Schmidbauer fort: Es komme vermehrt zu Körperverletzungen und Sexualstraftaten, weshalb die „Anzahl der Veranstaltungsbetriebe im Bereich der Innenstadt inzwischen ausgereizt“ sei, wie der Leiter der Abteilung Verbrechensbekämpfung Harald Pickert erklärte.³ Das Medienecho reflektierte die Debatten im Stadtrat: Die Abendzeitung titelte „Partymeile wird zur Problemzone“⁴ und die Süddeutsche Zeitung schrieb von der „Verrohung der Innenstadt“⁵. In diesem Zusammenhang ist erstmals vom Begriff „Feierbanane“ zu lesen. Die Bezeichnung stammt aus dem Polizeijargon und lässt sich auf die Krümmung der Sonnenstraße zurückführen, die sie auf Höhe der Ausgehmeile macht.



■ Grafik des Polizeipräsidiums München „Veranstaltungsszene Innenstadt. Räumlicher Geltungsbereich für Betretungsverbote“, 2012 – © Polizeipräsidium München



■ Plakat „Cool bleiben“, 2012 – Alexander Fatseas, © Verband der Münchener Kulturveranstalter e.V.

Aus den Sitzungen des „Sicherheits- und Aktionsbündnis Münchner Institutionen“ (S.A.M.I.), einem Arbeitskreis des KVR, des Polizeipräsidiums und weiteren Behörden, ging schließlich das Projekt „Cool bleiben“ hervor. Im Rahmen dieser Kooperation arbeitet das Polizeipräsidium mit den genannten Referaten und den Wirt*innen der Feiermeile zusammen, um gemeinsam und koordiniert einen Rückgang der Gewaltdelikte zu bewirken. Dadurch ist ein ganzes Bündel an Maßnahmen möglich geworden: Die zentrale Sanktion der Kampagne sind hoheitliche Betretungsverbote, die für den Bereich der Feiermeile ausgesprochen werden können. Wenn ein sogenanntes Rohheitsdelikt begangen wird – „zum Beispiel gefährliche Körperverletzung, Raub, Bedrohung,

sexuelle Nötigung“⁶ –, kann ein Zwangsgeld von 500 Euro und ein Betretungsverbot für die Feiermeile verhängt werden, um Partygäste vor auffälligen Gewalttäter*innen zu schützen. Für die Dauer von einem Jahr darf die Sonnenstraße dann nicht mehr betreten werden. Diese Auflage soll jedoch mehr zur Abschreckung dienen, denn überprüft werden kann das Verbot kaum. Dafür erhöhte die Polizei ihre Präsenz, indem mehr Einsatzfahrzeuge dem Bereich der Feiermeile zugeteilt wurden. Auf Basis des Privatrechts können die Clubbetreiber*innen Hausverbote erlassen, denen bei Missachtung ein Strafantrag wegen Hausfriedensbruches erfolgen kann. Auf Grundlage von „Cool bleiben“ können zudem übergreifende Hausverbote ausgesprochen werden, die für alle beteiligten Clubs wirksam sind. Zur Einführung des Projekts nahmen 19 Clubs und Bars daran teil. Zwar verpflichten sich die teilnehmenden Gastronom*innen dazu, Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, aber nur das Sozialreferat wird im engeren Sinne präventiv tätig. Das Jugendamt koordiniert die Hilfsangebote von Condrops e.V.: „das Streetwork auf der Partymeile“, das Jugendliche in Notsituationen unterstützt, und auch „Chexxs!“, das 2014 integriert wurde und einen „bewussten Alkoholkonsum“ anregen will.

Doch wie werden die Maßnahmen umgesetzt? Wie wird ein konfliktarmes, „cooles“ Feiern gefördert? Wie reagieren die Akteur*innen der Nacht darauf? Und welche Reibungen und Widerstände treten dabei auf?

Soziale Arbeit zwischen Selbstverantwortung und Selbstverlust

Im Rahmen der beiden genannten Kampagnen von Condrops sind an Wochenenden und in den Nächten vor Feiertagen zwei Teams auf der Feiermeile unterwegs. Sie sollen ein Bewusstsein für die Risiken des Alkoholkonsums schaffen und dessen negative Effekte abbildern und damit – so die Hoffnung der Entscheidungsträger*innen – auch die Gewaltbereitschaft senken. Bei „Chexxs!“ werden Jugendliche von Jugendlichen für den



■ Flyer „Chexxs!“ – A-2021/3.1

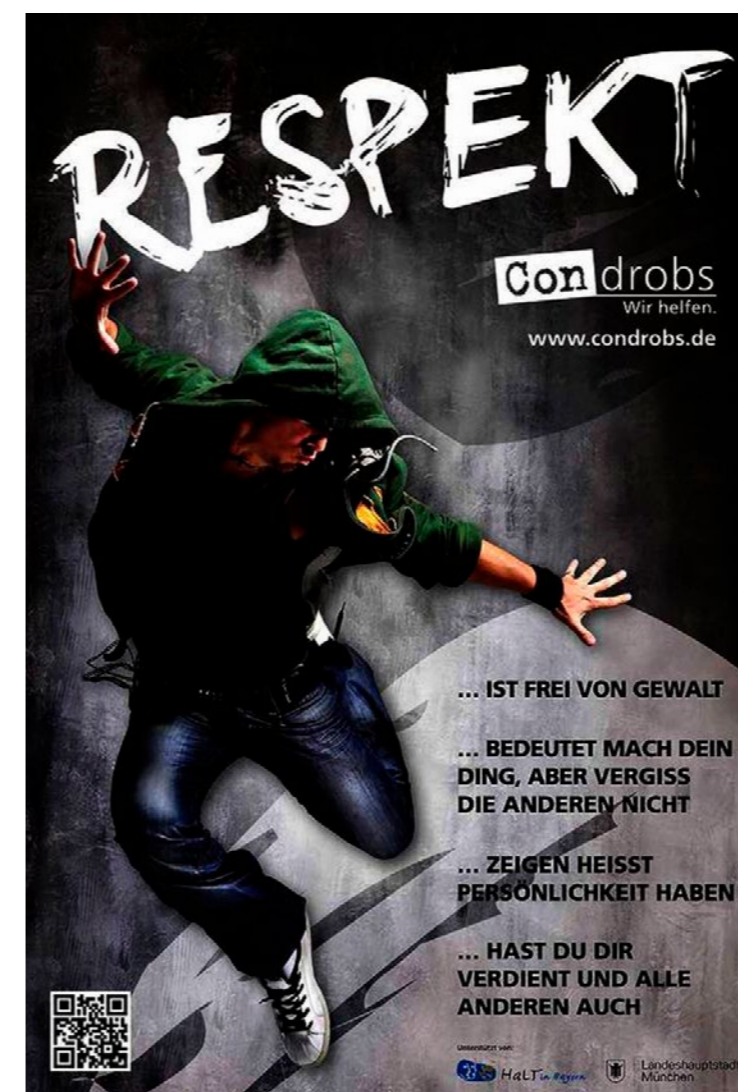
Alkoholkonsum sensibilisiert. Das Peer-to-Peer-Projekt engagiert pro Nacht zwei junge Erwachsene, oftmals Studierende der Sozialen Arbeit, die auf der Feiermeile patrouillieren und Alkoholtests durchführen. Selbst auf Nachfrage geben sie sich nicht als Sozialarbeiter*innen zu erkennen, was den Eindruck von Nähe zur Zielgruppe erhöhen soll. „Chexxs!“ will zum Nachdenken anregen, solange die Kompetenz zur Selbstkontrolle noch gegeben scheint. Es werden nur Personen angesprochen, die nicht stark alkoholisiert wirken. Sofern die Partygänger*innen ihre Blutalkoholkonzentration niedriger einschätzen als es der Test angibt, werden auch Empfehlungen ausgesprochen,

etwa vor dem Feiern mehr zu essen. Liegt der gemessene Wert unter 0,5 Promille, verteilt man kleine Geschenke wie Bonbons oder Schokolade.

Die Kampagne „Streetwork auf der Partymeile“ versteht sich als „aufsuchende, niedrigschwellige Sozialarbeit“, die ihren Klient*innen „akzeptierend und parteilich“ begegnet, wie Kay Mayer erklärt, Leiter von ConAction, der Abteilung für Streetwork des Trägers Condrobs. Dabei gehe es nicht darum, gewaltsame Auseinandersetzungen zu verhindern oder zu schlichten, sondern „Hilfsbedürftige an die bestmögliche Hilfsmaßnahme zu vermitteln“. In der Regel werden stark alkoholisierte Jugendliche zur nächsten U-Bahn-Station gebracht oder in ein Taxi gesetzt, wie Mayer sagt. Manchmal könne man auch hilfsbereite Freund*innen ausfindig machen, die Unterstützung auf dem Heimweg leisten. Durch die Kontaktaufnahme mit Personen, die sich in der Wahrnehmung der Streetworker*innen auffällig verhalten, will man verhindern, dass der Alkoholkonsum zu Konfliktsituationen führt. Dazu werden Fragen wie „Wisst ihr, wie ihr heimkommt?“ oder „Kann man euch weiterhelfen?“ gestellt, die zum Nachdenken anregen und im besten Fall umsichtiges Verhalten hervorrufen sollen.

Laut Initiatorin und Condrobs-Geschäftsführerin Birgit Tremel strebt das Streetwork an, ein „planvolles Feiern“ zu fördern. Doch mit welchen Herausforderungen haben die Sozialarbeiter*innen bei der Durchführung zu kämpfen? Und wie fügen sich die sozialen Hilfsangebote in die Zielsetzung des Kooperationsprojekts ein?

Da keine moralischen Appelle ausgesprochen und keine Erwartungen formuliert werden, sondern die Reflexion lediglich angestoßen werden soll, ist die Effektivität der beiden Programme stark von der Bereitschaft der Feiernden abhängig mitzumachen. Da Trunkenheit und vernünftiges, planvolles Verhalten nicht für alle vereinbar scheinen, sind die Maßnahmen nicht immer wirkungsvoll. Bei „Chexxs!“ zeigt sich zum einen, dass die „Peers“ jeden Abend auch zahlreiche Absagen hinnehmen müssen. Die Szenegänger



■ Flyer „Respekt“, 2020 – © Condrobs e.V.

reagieren in den meisten Fällen verwundert auf gemessene Promillewerte, die „unter“ der eigenen Einschätzung lagen, und zeigten sich angetan von dem Projekt. Gerade in größeren Gruppen werden die Alkoholtests nicht nur zum Anlass für die kritische Beurteilung des eigenen Trinkverhaltens, sondern auch für euphorische Reaktionen und gegenseitiges Anfeuern genutzt. Ob das Verschenken von Süßigkeiten der richtige Anreiz für eine langfristige Verhaltensänderung ist und nachhaltig prägt, bleibt letztlich ungewiss. Ebenso kann nicht davon ausgegangen werden, dass gewalttätiges Verhalten lediglich eine Frage der Selbstkontrolle und der Risikokompetenz

ist. Inwiefern die Proband*innen gewaltbereit sind, kann durch keinen Alkomat-Test festgestellt werden.

Auch die Streetworker*innen, die ebenfalls nicht als Autoritätsinstanz auftreten wollen, müssen sich dagegen behaupten, dass mit ihrer Rolle gespielt wird. So rufen etwa ihre Taschen und Jacken, die mit einem Logo und dem Schriftzug „RESPEKT“ bedruckt sind, auch Irritationen hervor. Der Einsatzleiter und Sozialpädagoge Kay Mayer erzählt, dass er „jede Nacht am häufigsten“ ironische Zurufe (etwa: „Respect! Respect!“) als Reaktion auf seine Arbeitskleidung zu hören bekomme. Außerdem stehen der pädagogische Ansatz und das berufliche Selbstverständnis der Streetworker*innen in einem latenten Widerspruch zum Anliegen von „Cool bleiben“: das „Streetwork auf der Partymeile“ ist in erster Linie eine Krisenhilfe. Dieser Ansatz soll nicht Gewalttaten vorbeugen, vielmehr setzen sich die Sozialarbeiter*innen mit den unerwünschten Folgen des übermäßigen Alkoholkonsums auseinander. Es handelt sich dabei also eher um Nach- und Fürsorge, als um gezielte Gewaltprävention.

Letztlich sind die zwei Zweiertteams von „Chexxs!“ und dem „Streetwork auf der Partymeile“ bei ihren Rundgängen für etwa 10 000 Personen zuständig – so hoch schätzt die Polizei die Anzahl der Besucher*innen, die an einer Wochenendnacht auf der Feiermeile unterwegs sind. Selbst wenn die pädagogischen Konzepte sich nur teilweise in die politische Linie des Präventionsprojektes einfügen, unterstützten sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten dennoch dabei, einen unübersichtlichen Raum wieder übersichtlich zu machen, abweichendes Verhalten einzudämmen und die Ordnungsvorstellungen der Polizei umzusetzen.

Um zu verstehen, wie die Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Institutionen und den Unternehmer*innen der Nacht gehandhabt wird, veranschaulicht ein erneuter Blick in die jüngere Vergangenheit. Wie wurde das Kooperationsprojekt angenommen? Und welche Veränderungen sind dadurch im Münchner Nachtleben zu beobachten?



■ Fotografie, Einsatzbus des Projektes „Streetwork auf der Partymeile“ am Stachus, 2018 – © Condrobs e.V.

Vom Konflikt zur Kooperation

Der Zuzug von Clubs und Bars in die Münchner Innenstadt scheint von Konflikten geprägt gewesen zu sein, vor allem zwischen den Clubs und der Polizei. David Süß, der am *Harry Klein* beteiligt war, und der Clubbetreiber Jakob Faltenbacher, der mit seinem Bruder Florian die *Milchbar* führt, erzählen mir von Spannungen und Auseinandersetzungen aus der Zeit bevor „Cool bleiben“ ins Leben gerufen wurde.⁷ Beide erlebten das Vorgehen der Polizei zu dieser Zeit als konfrontativ und kompromisslos. Damals gab es in vielen Clubs auf der Feiermeile Razzien. Süß zufolge wurden sie aus vorgeschobenen Gründen durchgeführt, etwa auf Grundlage der Behauptung, Drogen würden gehandelt, der Jugendschutz würde missachtet oder es würden Personen illegal beschäftigt. Die Vorwürfe erwiesen sich stets als haltlos.

Auch Jakob Faltenbacher spricht von illegalen Razzien in seiner Diskothek, die wegen einer Häufung von Delikten in der Umgebung der *Milchbar* durchgeführt wurden. Aufgrund des Anstiegs der Polizeieinsätze wurde für seinen Club die Sperrzeit probeweise wieder verschärft. Der Betrieb musste unter der Woche um drei Uhr und am Wochenende um fünf Uhr schließen, was Faltenbacher „existenzbedrohend“ nennt, da die langen Öffnungszeiten das „Markenzeichen“ seines Clubs seien. Nachdem die Polizei Maßnahmen einleitete, lies er seine Türsteher ein Deeskalationstraining absolvieren und Protokoll über die Ereignisse des Abends führen. Erst der Abgleich zwischen seinen und den offiziellen Daten konnte herausstellen, dass auch Ladendiebstähle in dem Drogeriemarkt, der sich mit der *Milchbar* eine Postadresse teilt, dem Club zugeschrieben wurden.

Nachdem die Kriminalstatistik in 2011 im Stadtrat diskutiert wurde, versuchten die Faltenbacher-Brüder, Süß und Matthias Scheffel, der das ebenfalls auf der Feiermeile gelegene *Pacha* betreibt, in einem Zeitungsinterview die von den Zahlen der Kriminalstatistiken suggerierten „harten Fakten“ zu erklären und zu kontextualisieren.⁸ Laut den Gastronomen



■ Tasche und Jacke der Einsatzteams des Projektes „Chexxs!“ von Condrobs e.V., 2020 – A-2021/3

wurde jedoch jede weitere Bemühung, neue Wege der Zusammenarbeit zu finden von der Polizeiinspektion abgetan.

Mit der Einführung von „Cool bleiben“ änderte sich die Beziehung zwischen den Clubbetreiber*innen, den Türsteher*innen und der Polizei maßgeblich. Faltenbacher spricht sogar von einem „extremen Erfolg“, da „die Arbeit einfach entspannter“ sei: „Jetzt hat sich das ja völlig normalisiert. Seit ‚Cool bleiben‘ ist alles gut. Wir haben überhaupt keine Probleme mehr.“ Indem die Wirt*innen der Feiermeile auf ein gemeinsames Problem eingeschworen wurden – an dem Rückgang der gefährlichen Gewaltdelikte zu arbeiten – wurden auch die stereotypen Sichtweisen abgebaut. Seither stehen alle Kooperationsparteien miteinander in persönlichen Kontakt. In Gesprächen mit dem KVR und dem Polizeipräsidium vertritt Süß die Wirt*innen als ihr Sprecher.

Zwar schätzen Süß und Faltenbacher ihren Einfluss auf die Verhinderung von Konflikten gering ein, dennoch wollen sie entsprechend ihrer Möglichkeiten Verantwortung tragen und die Gewaltausübung begrenzen. Süß sieht es sogar als seine Pflicht an, dabei zu helfen, Delikte aufzuklären, die nicht direkt mit seinem Betrieb in Zusammenhang stehen, wie Körperverletzungen durch Glasflaschen, die in seinem Club nicht verkauft werden: „Man muss immer schauen: Kann ich es verhindern? Wenn ich es aber gar nicht verhindern kann, dann muss ich aber zumindest dafür sorgen, dass die erwischt werden. Und da können unsere Türsteher auch etwas dafür tun, dafür haben wir eine Videoüberwachung.“ Seit einer Häufung von Anschuldigungen von Partygästen, die sich gegen Türsteher*innen richteten, denen aggressives Verhalten vorgeworfen wurde, sind sowohl im *Harry Klein* als auch in der *Milchbar* Videoüberwachungssysteme installiert worden, um etwa im Fall eines Strafprozesses über Beweismittel zu verfügen. Die Polizei nutzt die Kamerabilder seit der Einführung von „Cool bleiben“ auch für ihre Ermittlungen. Faltenbacher gibt mir zu verstehen, der Kontakt zur Polizei sei nun weitgehend darauf reduziert, dass etwa einmal im Monat Kamerabilder eingefordert werden.

Obwohl das Rauschgiftdezernat unabhängig von den anderen polizeilichen Dienststellen arbeitet, verbesserte sich laut Süß auch das Verhältnis zu den Drogenfahnder*innen. Die Clubs stellen den Beamt*innen zur Durchsuchung von verdächtigen Personen Räume zur Verfügung. Das Rauschgiftdezernat stattet dem *Harry Klein* mittlerweile nur noch etwa zweimal jährlich einen Besuch ab.

Alle Kooperationspartner*innen zeigen sich in den Interviews zufrieden mit dem Erreichten. Da die Konflikte zwischen den Parteien weitgehend befriedet wurden, hat keine mehr Zweifel an der Verlässlichkeit der anderen. Süß beschreibt es als „ganz hohe Qualität“, dass Streifenwagen schnell zur Stelle seien, Faltenbacher sagt, er habe nun „höchstes Vertrauen“ in die Polizei. Auch Michael Fleck, der polizeiliche Koordinator von „Cool bleiben“, betont die gute Zusammenarbeit: „Da ist es über die Jahre hinweg, auch durch den Herrn Süß, dazu gekommen, dass uns die Türsteher von sich aus uns ganz viel mitteilen. Bei sehr vielen Rauschgiftdelikten, wenn die an der Tür was abnehmen, rufen die uns an. Ganz viele Delikte kommen vom Club raus und werden an uns herangetragen. (...) Wir sind in den Clubs logischerweise nicht so viel drin, gerade die normalen Streifen nicht. Aber die Türsteher sind da sehr gut.“ Süß bestätigt, dass anfangs sehr strenge Taschenkontrollen durchgeführt wurden, doch: „Inzwischen macht es einfach keinen Sinn mehr, da Taschenkontrollen durchzuführen. Es wird auch nicht mehr empfohlen von der Polizei. Ich denke, auch wegen der Zusammenarbeit, weil man gesehen hat, wir sind gar nicht so, wie man uns vermutet.“

Coole Kontrolle?

Was lässt sich abschließend über den Einfluss der Kampagnen auf das Münchner Nachtleben sagen? Welche Folgen und welche – auch unvorhergesehenen und unscheinbaren – Effekte hat das Präventionsprojekt auf die Akteur*innen der Nacht? „Cool bleiben“ ist nicht allein als „Kampf gegen Gewalt“ anzusehen, sondern stellt auch eine Verschiebung von Zustän-

digkeiten dar. Die städtische Ordnungs- und Sicherheitspolitik will die Unternehmer*innen und die Szenegänger gewissermaßen in die Verbrechensbekämpfung einbeziehen – sie sollen mit in der Verantwortung stehen, um ein „sicheres“ Feiern zu ermöglichen. Dies ist mit der Annahme verbunden, Ordnung und Sicherheit ließen sich durch vermehrte Selbstregulation und durch die Mithilfe privatwirtschaftlicher Unternehmen und Sicherheitsdienste organisch herstellen.

Im Fall der Kooperation mit den Clubbetreiber*innen wird der Einfluss der Lenkungs-kapazitäten der Polizei potentiell erweitert, was etwa durch die Weitergabe des Video-materials der Überwachungskameras deutlich wird. Da es aber keine Überprüfungs- oder Sanktionsmechanismen gibt, bleiben noch Spiel- und Freiräume bestehen. Letztlich ist diese Politik darauf angewiesen, dass die Beteiligten die Idee hinter „Cool bleiben“ verinnerlicht haben und sich den städtischen Vertreter*innen gegenüber loyal zeigen – gemeinsame Werte und Problemdefinitionen sollen die soziale Kontrolle gewährleisten. Für die Evaluation des Projekts scheint es aber ohnehin weniger entscheidend zu sein, wer oder was die Entwicklungen in der polizeilichen Kriminalstatistik bedingt, sondern die Tatsache, dass alle Teilnehmer*innen daran zu arbeiten scheinen, das nunmehr kollektive Ziel zu erreichen.

Die sozialen Hilfsangebote von Condrops wollen dem unkontrollierten Rausch und seinen potentiellen Begleiterscheinungen entgegenwirken und setzten dabei auf die Selbstregulierung der Feiernden. Die Autonomie der Akteur*innen bleibt erhalten, allerdings nur unter der Bedingung, dass sie dazu angeregt werden, ihr Verhalten zu reflektieren – in der Hoffnung, dass daraufhin Vernunft und Mäßigung das Handeln bestimmt. Gewalt wird so als ein vom Alkoholkonsum abhängiges Risiko definiert, das man zwar verringern kann, das sich aber nie ganz beseitigen lässt. Im Vergleich zu einem generellen Verbot, wie der Anhebung der Sperrzeiten oder einer Beschränkung des Verkaufs von harten Alkoholika, übt die Münchner Sicherheitspolitik

eine relative Zurückhaltung. Dies schließt eine prinzipielle Akzeptanz städtischer Räume als Vergnügungszonen ein.

Anstatt eines Ausbaus der Repression kommt es also – im Fall der Clubbetreiber*innen – zu einer Einbindung und Eingliederung in ein gemeinsames Projekt und – im Fall der Feiernden – zu einer subversiven Beeinflussung, die negative Konsequenzen des Party-machens eindämmen soll. Die Polizei bleibt in der Position, festlegen zu können, ab wann die Kriminalität auf der Feiermeile als Problem gilt. Ihre herrschende Stellung wird dadurch definiert, dass sie die Kriminalstatistik auslegt, die Ziele bestimmt und – das ist den Beteiligten des Kooperationsprojektes auch bewusst – Maßnahmen ergreift, um ihre Forderungen durchzusetzen, sofern dies als notwendig erachtet wird.

Wenn man die Kooperationspartner*innen nach ihrem subjektiven Sicherheitsgefühl befragt, stimmen alle darin überein, dass sie sich nachts auf der Feiermeile nicht bedroht fühlen. Der Koordinator des Projekts Kriminalkommissar Fleck erzählt sogar davon, dass er bei Nacht gelegentlich gemütliche Spaziergänge durch die Innenstadt unternimmt. Zudem war in den Jahren nach der Einführung des Sicherheitskonzepts die statistisch erfasste Gewaltkriminalität nicht nur auf der Feiermeile, sondern im gesamten Stadtgebiet rückläufig, sowohl zur Nachtzeit als auch unter Alkoholeinfluss. Im Jahr 2017 fand das letzte jährliche Sommerfest zu „Cool bleiben“ statt, eine eintägige Open-Air-Veranstaltung mit Musikdarbietungen. Zwar sind die Sozialarbeiter*innen von Condrops nach wie vor im Einsatz und es ist davon auszugehen, dass auch die restlichen Maßnahmen weiterhin umgesetzt werden, doch seitdem gab es weder weitere Veranstaltungen, noch wurden neue Bilanzen veröffentlicht.

Obwohl es seit jeher kaum eine öffentliche Wahrnehmung für das Präventionsprojekt gibt, ist es dennoch als einschneidender Schritt der Stadt München zu sehen, den Status als sicherste Millionenstadt Deutschlands auszubauen, indem die Möglichkeiten der Einflussnahme ausgeweitet werden. Stadtpolitik und

-verwaltung bedienen sich mit „Cool bleiben“ sanfter Kontrollmechanismen, greifen eher unauffällig – teilweise sogar im Verborgenen – in das Nachtleben ein und treten vor allem in ihrer betreuenden und erziehenden Funktion in Erscheinung. Mit der Herausbildung von solchen Netzwerken zwischen städtischen und clubkulturellen Akteur*innen schwindet die Distanz zwischen der Nachtökonomie und des Staats. Das Beispiel von „Cool bleiben“ zeigt, dass auch Clubs, Diskotheken und Bars, die oft als subversive Räume imaginiert werden, notwendigerweise in lokale rechtlich-administrative Kontexte eingebettet und oftmals auch mit ihnen verflochten sind. Allerdings variiert die Art dieser Beziehung. Hier steht sie vornehmlich in einem Spannungsfeld zwischen Autonomie und Kontrolle, das von Aus-handlungen geprägt ist: Was gilt als Problem und Gefahr und wie wird damit umgegangen? Welche Freiheiten werden unter welchen Bedingungen gewährt? In welcher Weise werden Abweichungen und Verstöße ermittelt, verfolgt und geahndet? Wer hat die Deutungs- und Entscheidungsmacht bei Konflikten?

In anderen Großstädten steht der Dialog zwischen Clubkultur und Behörden auch unter anderen Vorzeichen. Verbände wie die Berliner Clubkommission oder Clubkombinat Hamburg sind beispielhaft für eine Zusammenarbeit zwischen Stadt und Nachtleben, die nicht auf Konfliktlösung verengt ist, sondern auch Förderstrukturen einschließt. Die Nachtökonomie wird dort in ihrem kulturellen Eigenwert und als Wirtschaftsfaktor begriffen. „Cool bleiben“ kann somit auch als ein Impuls für eine Bewegung gesehen werden, die Münchner Nacht, die bisher nicht als Planungskategorie gilt, als politische Aufgabe zu begreifen und sie gemeinsam aktiv zu gestalten.

- 1 Eine ausführliche Analyse in Schmitzberger, Julian (2018): *Planvolles Feiern, coole Kontrolle. Eine Ethnografie von staatlichen Kampagnen zur Förderung von Sicherheit in Münchens Nachtleben*. In: Moritz Ege, Lukas Rödder, Julian Schmitzberger, Leonie Thal (Hg.): *Die Popkultur und der Staat. Kulturanalytische Einblicke*. München.
- 2 Schmidbauer zitiert nach Maier-Albang, Monika (2011): *Lust an der Gewalt*. In: *Süddeutsche Zeitung*, 16. 4. 2011, S. R1.
- 3 Pickert zitiert nach Lenders, Julia (2012): *Partymeile wird zur Problemzone*. In: *Die Abendzeitung*, 25. 1. 2012, S. 7.
- 4 Lenders 2012.
- 5 Fuchs, Florian (2012): *Die Verrohung der Innenstadt*. In: *Süddeutsche Zeitung*, 24. 1. 2012, S. 39.
- 6 Stadt München (2015): Bilanz der Kampagne „Cool bleiben – friedlich feiern in München“.
- 7 Die Gespräche mit den beiden Gastronomen wurden im Rahmen einer empirisch-kulturwissenschaftlichen Feldforschung zum Kooperationsprojekt aus dem Jahr 2015 geführt. Siehe Schmitzberger 2018.
- 8 Crone, Philipp/Fuchs, Florian (2012): *Wir stehen doch in jedem Reiseführer*. In: *Süddeutsche Zeitung*, 28. 1. 2012, S. R4.

Julian Schmitzberger, geboren 1989 in Dachau, studierte Volkskunde/Europäische Ethnologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München, wo er sich mit der staatlichen Regulation des Nachtlebens befasste. Derzeit ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Georg-August-Universität Göttingen und promoviert am Lehrstuhl für Kulturanthropologie/Europäische Ethnologie zum Thema Clubkultur.